Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 9

Artikel: Lattimore über die Lage in Asien
Autor: Furrer, Paul
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336222

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

PAUL FURRER

Lattimore über die Lage in Asien

Als Franklin D. Roosevelt 1944 seinen Vizepräsidenten H. Wallace in persönlicher Mission nach Sowjet-Asien und China sandte, bat er ihn, *Owen Lattimore* als politischen Berater und hervorragendsten Fern-Ost-Spezialisten mitzunehmen. Diese Tatsache, als Einführung zu Lattimores Buch über die Lage in Asien, illustriert am besten, welches Gewicht seiner Interpretation der Verhältnisse in Asien zukommt.*

Lattimore schreibt als Amerikaner und Verfechter der «freien Wirtschaft», zugleich aber als Soziologe, der auf Grund von jahrelangen Beobachtungen an Ort und Stelle die heutige Asienpolitik der USA wie auch der europäischen Kolonialmächte mißbilligt. Er betrachtet sie als eine Politik der Illusionen und warnt insbesondere die Amerikaner davor, sie fortzusetzen.

Für Lattimore steht fest, daß Asien nicht mehr beherrscht werden kann. Was unter friedlichen Verhältnissen vielleicht Dezennien erfordert hätte, haben die beiden Weltkriege schon heute als Resultat gezeitigt: die imperialistischen Mächte sehen sich aus Asien hinausgedrängt. Die Tragik liegt darin, daß Europa und die USA Asien als Produktions- wie Absatzgebiet weit nötiger haben als umgekehrt. Unter heutigen Umständen können sie aber nicht hoffen, wieder mit Asien zusammenzuarbeiten, es sei denn unter Bedingungen, die auch für die Asiaten annehmbar sind.

Für Lattimore besteht kein Zweifel, daß eine weisere Chinapolitik des amerikanischen Außenamtes die Entwicklung in eine andere Richtung hätte drängen können. Als Illustration schildert er die Kriegführung in China und die Einstellung der USA-Regierung zur Kuomintang. Seit dem Tode Sun Yat-sens hatte sich die Kuomintang zu einer nach Hitlervorbild organisierten, autoritären Partei der Grundbesitzer und Großkaufleute entwickelt. Ihr Führer, Chiang Kai-Shek, hatte den Kampf gegen Japan lange Zeit abgelehnt und erst unter dem Druck der bedrohten Industrie der Küstengebiete und nach vorübergehender Gefangennahme durch die chinesischen Kommunisten aufgenommen. Auch dann noch führte er den Kampf möglichst passiv, als «Absetzkrieg», da er darauf spekulierte, daß die Japaner bald mit Amerika in Konflikt kommen müßten. Ein großer Teil der während des Krieges gewährten amerikanischen Waffenhilfe kam gar nicht gegen die Japaner zum

---

* Owen Lattimore: The Situation in Asia. 238 Seiten. Little, Brown & Cie., Boston 1949.

Einsatz, sondern wurde für den künftigen Kampf gegen die Kommunisten aufgestapelt. Das Ende des Krieges gegen Japan sah Chiang Kai-Shek als unbestrittenen Führer einer Partei, die sich in jenem Zeitpunkt nur noch auf die feudalistischen Grundbesitzer stützte, an der Spitze einer gut ausgerüsteten, von Amerikanern ausgebildeten Armee. Er machte sich bereit, das an die Japaner preisgegebene Gebiet Chinas und der Mandschurei zu besetzen und dort die alten feudalistischen Besitzverhältnisse wieder herzustellen.

Während des Feldzuges hatten aber die Bauern der japanisch besetzten Zone, nach der Flucht der Grundbesitzer und ihrer Agenten, den Boden unter sich aufgeteilt. Sie führten den Krieg als Partisanen weiter. Die wenigsten dieser Partisanengruppen waren anfänglich kommunistisch. Es konnte aber nicht ausbleiben, daß militärisch erfolgreiche, von Kommunisten organisierte Gruppen ihre Kampftaktik auf andere Gebiete übertrugen. Die chinesischen Kommunisten hatten nur wenig Waffen an die Bauern abzugeben, sie organisierten aber in den Dörfern eine Art Ablösungsdienst, der erlaubte, das Land einigermaßen zu bewirtschaften und zugleich mobile militärische Kräfte verfügbar zu halten. Den Bauern wurde klargemacht, daß sie selbst für den Schutz ihres neuen Eigentums aufzukommen hätten – auch gegen die Grundbesitzer, die nach dem Krieg zurückkommen würden.

Das Ende des Krieges, das durch sehr erfolgreiche Kämpfe der Partisanen und passives Verhalten der Kuomintangtruppen charakterisiert war, brachte den erwarteten Wettlauf nach dem von den Japanern befreiten China und der Mandschurei. Die Kuomintang machte das Rennen, erhielten doch ihre Truppen jede gewünschte Unterstützung der amerikanischen Transportabteilungen, inklusive Lufttransport. Kommunistische Truppen legten den Weg durch die innere Mongolei zu Fuß zurück. Die Russen waren aus der Mandschurei bereits abgezogen. Zurückgelassen hatten sie die riesigen Lager an leichten Waffen, die sie den Japanern abgenommen hatten. Die Waffen wurden von der ansässigen Bauernbevölkerung übernommen und zunächst versteckt. Was die Kommunisten den Bauern vorausgesagt hatten, traf ein. Wie überall in China, verlangte die Regierung auch in der Mandschurei, daß aller Grundbesitz den militärischen Kräften der Kuomintang übergeben werde. Mit den Truppen trafen auch die Grundbesitzer samt ihren Landagenten ein, die die Kriegszeit im sichern Hinterland Chinas überstanden hatten. Sie stellten nach Möglichkeit die alten Besitzverhältnisse wieder her und forderten von den Bauern – mit Zustimmung der Regierung – die während des Krieges aufgelaufenen Pachtzinse. Lokale Partisanengruppen wurden aufgelöst, viele Bauern in die Kuomintangarmee eingezogen oder zu Transportdiensten verwendet. Die kommunistischen Partisanenkaders, die nach dem Waffenstill-

stand in die Mandschurei gelangten, hatten den gut ausgerüsteten Kuomintangtruppen gegenüber militärisch nichts zu bestellen. Leichter fiel es ihnen, die empörten Bauern für ihre Politik des Widerstandes gegen die Kuomintang und ihre Hintermänner, die Amerikaner, zu gewinnen. Zu ihren Gunsten wirkte der Umstand, daß die Regierung glaubte, das nicht industrialisierte Land sicher genug in die Hand zu bekommen, indem sie ihre Truppen in strategischen Schlüsselstellungen, in «Nervenzentren», das heißt in einigen Städten konzentrierte und die Verbindungswege offen hielt. Unter dem Schutz der Kuomintangchefs arbeiteten auch die Schwarzmarkt-Spezialisten, die die Städte radikal ausplünderten.

In das Jahr 1946 fiel der Versuch General Marshalls, eine Einigung der politischen Parteien herbeizuführen, das heißt die Kuomintang dazu zu bringen, China eine Regierung zu geben, in der alle Volksklassen vertreten wären. Marshalls Mission scheiterte, weil sie zu offenbar nur ein Versuch war, «Ruhe und Ordnung» herzustellen, unter Wahrung der Kuomintangherrschaft. Amerika konnte dem chinesischen Volk gegenüber gar nicht als unparteiischer Vermittler auftreten, denn auch während Marshalls Anwesenheit in China strömte amerikanisches Kriegsmaterial in Mengen in die Kuomintang-Arsenale. Bemerkenswert ist, daß Marshall selbst feststellte, die chinesischen Kommunisten hätten von Rußland «keine ins Gewicht fallende Hilfe erhalten».

Die Vermittlerrolle der USA fiel vollends dahin, als durch die Trumandoktrin (Frühjahr 1947, 80. Kongreß) jede Regierung, die sich von Rußland oder von den eigenen Kommunisten bedroht glaubte, amerikanische Waffenhilfe zugesichert bekam. Damit entfiel für die Scharfmacher der Kuomintang jede Notwendigkeit, dem chinesischen Volke irgendwelche Konzessionen in bezug auf die Demokratisierung des Regimes zu machen. Die Trumandoktrin bestärkte sie in ihrer Auffassung, Amerika werde dem China Chiang Kai-Sheks unter allen Umständen beistehen. Die Spekulation ging offensichtlich dahin, als Verbündeter in einer künftigen Auseinandersetzung mit Rußland sei die Kuomintang den Amerikanern unentbehrlich.

Etwa anderthalb Jahre vergingen in beidseitigen Vorbereitungen für einen Bürgerkrieg, den die Kuomintang offenbar lieber unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt hätte. Die politischen Parteien der Mitte, die General Marshall in der Regierung vertreten zu sehen wünschte, wurden von Chiang Kai-Shek ausgeschaltet, ins Exil getrieben, zum Teil sogar von Gangstern erledigt. Die Partisanentaktik, die sich gegen die Japaner bewährt hatte, gewann langsam die Oberhand. Zunächst wurden die Städte nördlich des Gelben Flusses isoliert und die Bahnlinien unterbrochen. Ende 1948 fielen die ersten belagerten

Städte. Die sich ergebenden Truppen Chiang Kai-Sheks, meistens Bauern, lieferten nun dem chinesischen Volksheer die Waffe, die die Entscheidung herbeiführen sollte: amerikanische leichte Artillerie, die von der Regierung in den Städten immobilisiert worden war. Der Fall von Mukden und Chinchow allein ließ Kriegsmaterial im Werte von 500 Millionen Schweizer Franken in die Hände der Aufständischen fallen, und die von Amerikanern ausgebildeten Kuomintangtruppen waren ohne weiteres bereit, gegen die Regierung Chiang Kai-Sheks zu kämpfen. Dessen militärische Führer sahen sich gezwungen, Stadt um Stadt preiszugeben, sofern sie nicht vorzogen, mit ihrem ganzen Heeresverband intakt zum Gegner überzugehen, was oft vorkam. Wo sie sich zurückzogen, verhinderte die organisierte Abwehr der Arbeiter die Zerstörung der Industrieanlagen.

Heute sieht sich das State Department, das im Fernen Osten so aktiv war, einer nicht zu unterschätzenden, neuen Macht gegenüber. Daß die Kommunisten im nationalen Aufstand Chinas die Führung an sich rissen, ist, nach Lattimore, nur der Tatsache zuzuschreiben, daß die USA der autoritären und vor dem chinesischen Volk hoffnungslos kompromittierten Kuomintangregierung viel zu lange ihre Unterstützung liehen (von August 1945 bis Ende 1948 insgesamt 2 bis 4 Milliarden Dollar) in völliger Verkennung der Triebkräfte der chinesischen Umwälzung. Was, nach Lattimore, 1945 noch möglich gewesen wäre, eine Koalitionsregierung, in der die wichtigsten Parteien unter konservativer Führung hätten zusammenarbeiten können, wird nun zu einer Regierung, in der die Kommunisten alle Schlüsselstellungen innehaben.

Was wird die künftige Entwicklung Chinas sein? Lattimore weist auf die Unterschiede hin, die ein Vergleich mit Rußland ergibt. Während in Rußland die politische Führung schon 1918 bei den kommunistischen Industriearbeitern lag, und die Bauern, durch die Landaufteilung neutralisiert, durchaus passiv waren, werden die chinesischen Kommunisten durch den Aufstand der Bauern an die Macht getragen. In einem großen Teil Chinas sind die Bauern heute im Besitz ihres Landes und haben Waffen, um es zu verteidigen. Eine Politik, die ihren Anschauungen nicht entspricht, hätte vorläufig keine Aussicht, durchzudringen. Lattimore sieht allerdings die Zeit kommen, da die Kommunisten, der marxistischen Ideologie entsprechend, versuchen werden, die Machtverhältnisse zugunsten der Industriearbeiter zu verschieben. Doch ist dies eine Entwicklung auf lange Sicht, deren Richtung von vielen Faktoren abhängt.

Das Verhältnis Chinas zu Rußland ist einer dieser Faktoren. Wie schon erwähnt, hat China seit der Zeit, da Rußland in den Krieg verwickelt wurde, keine nennenswerte materielle Hilfe von seinem Nachbarland erhalten. Ander-

seits gewannen die Russen 1945, in direkten Verhandlungen mit der Kuomintangregierung, ihre noch aus der Zarenzeit stammenden Vertragsrechte (Treaty Rights) über chinesische Bahnen und Hafenanlagen in der Mandschurei in vollem Umfange zurück. Sie waren 1905 (russisch-japanischer Krieg) zum Teil an Japan abgetreten worden. Die neu abgeschlossenen Verträge, die bis 1975 laufen, dürften, wie Lattimore meint, Rußlands Pläne gegenüber China deutlich werden lassen. Eine vorzeitige Preisgabe dieser Rechte (zum Beispiel nach der Räumung Japans durch die Amerikaner) oder ihre Anwendung zum Vorteil Chinas würde bei den Chinesen wie bei andern Völkern Asiens ein starkes Echo finden. Die Mandschurei mit ihren Industrieanlagen, ihrem Bergbau und verhältnismäßig dichten Bahnnetz ist für die industrielle Entwicklung Chinas von vitaler Bedeutung. Das Industriepotential der Mandschurei würde zwar nicht genügen, ganz China industriell auszurüsten, aber ein gewisses Maß an Eigenproduktion würde die Verhandlungen mit Amerika sowohl wie mit Rußland erleichtern.

Lattimore ist der Auffassung, daß der Einfluß, den Amerika in China verloren hat, nicht ohne weiteres den Russen zufallen werde. Die chinesische Revolution wird zwar von Kommunisten, in Übereinstimmung mit den politischen Erfahrungen der Sowjetunion, geführt. Nachdem aber speziell der zweite Weltkrieg dem Nationalismus in ganz Asien ungeheuren Auftrieb gegeben hat, wäre es nicht unnatürlich, daß China versuchte, die anziehenden und abstoßenden Faktoren des russischen Beispiels gegeneinander abzuwägen und einer erneuten Fremdherrschaft sich zu entziehen. Daß Rußland versuchen könnte, China mit Gewalt unter seinen Einfluß zu zwingen, hält Lattimore für ausgeschlossen. Die zwanzig Jahre dauernden Bemühungen Japans und der vergebliche Versuch Amerikas, in China eine ihm genehme Regierung an der Macht zu erhalten, haben auch in Rußland ihren Eindruck nicht verfehlt.

Ein besonderes Kapitel widmet Lattimore den amerikanischen Plänen, sich Japans als Eingangstor oder Brückenkopf in Asien zu bedienen. Unter dem Titel «Japan ist niemands Verbündeter» zeigt er, wie all die schönen Wunschträume politischer Naivlinge, die Japan bald als amerikanische Werkstatt für den Aufbau Asiens, bald als Bollwerk gegen Rußland zu sehen meinen, ins Nichts zerfließen werden. Es kann, nach Lattimore, keine Rede davon sein, mittels Japans den Ablauf der Ereignisse auf dem asiatischen Festland bestimmen zu wollen. Japan wird seines Erachtens die erste Gelegenheit ergreifen, sich der Entwicklung auf dem Kontinent anzupassen und seine Nachbarn gegen Amerika auszuspielen. Zum Bemühendsten, was heute geschieht, rechnet Lattimore die Versuche Amerikas, sich auch jetzt noch an

solche Brückenköpfe wie Süd-Korea oder Formosa anzuklammern und dort vor ganz Asien zu demonstrieren, mit welch anrüchigen Elementen die USA zusammenzuspannen bereit sind um ihres Prestiges oder vager Hoffnungen willen. Es ist nicht wegzudiskutieren, und es wird glücklicherweise von diesem Amerikaner selbst festgestellt, daß die USA am Ende des Krieges in Asien immer auf der Seite volksfeindlicher Regierungen zu finden waren – um der «Ruhe und Ordnung» willen. Lattimores Rat an das State Department wäre gewesen, solche Regierungen hochgehen zu lassen und mit den Nachfolgern Beziehungen auf neuer Grundlage aufzunehmen.

Das interessanteste Kapitel in Lattimores Buch skizziert eine fortschrittliche und den neuen Verhältnissen Rechnung tragende Politik, die Amerika bei den Asiaten wieder Vertrauen und «busineß» verschaffen würde. Hier gilt es zunächst, mit der Trumanpolitik zu brechen, die auf der Annahme beruht, daß die USA heute die machtpolitische Stellung innehaben, die das britische Reich im 19. Jahrhundert besaß. Die Trumanpolitik geht auf die Rede Winston Churchills in Fulton zurück, der dort, «assistiert vom Präsidenten, den eisernen Vorhang heruntergelassen hat».

Eine gute Außenpolitik soll sich ebensosehr bemühen, Friedensmöglichkeiten auszunützen, wie sie Drohungen gegenüber gerüstet sein muß. Ein Suchen nach Friedensmöglichkeiten in der heutigen Lage, in der keiner der beiden Großen den andern zwingen kann, sich auf der ganzen Linie zurückzuziehen, ist noch nicht «appeasement» (feiges Zurückweichen vor Drohungen). Macht ist nicht alles. Um eine gesunde Außenpolitik zu treiben, muß man sich immer auch der Grenzen der Macht bewußt sein. Von einem realistisch amerikanischen Standpunkt aus, den Lattimore konsequent vertritt, handelt es sich darum, die Kraft einer politischen Entwicklung abzuschätzen, um dann nach Überprüfung der eigenen Ressourcen zu folgern, was man zu bieten hat, um aus der gegebenen Situation für sich selbst den größtmöglichen Gewinn zu ziehen. Für Asien zum Beispiel sieht Lattimore voraus, daß das Gebiet, über welches die USA sowie die andern westlichen Mächte irgendwelche Kontrolle ausüben können, im Lauf der nächsten Jahre stetig schrumpfen wird. Anderseits glaubt er, daß die Macht Rußlands, diese Gebiete zu kontrollieren, bei weitem nicht im selben Maße zunehmen wird, so daß sich eine Reihe von Ländern zu einer «dritten Macht» herauskristallisieren dürfte, die zwar, jedem beherrschenden westlichen Einfluß entzogen, dennoch bereit sein werden, sich mit dem Westen zu verstehen und mit ihm zusammenzuarbeiten. Sie werden auch mit Rußland in Frieden leben und Austausch pflegen können, ohne unter die russische Machtsphäre zu fallen. Lattimore sieht solche Entwicklungsmöglichkeiten zu einer «Drittmacht-

Stellung» bei China, in Indien und Pakistan, mit der Zeit eventuell auch in Indonesien und Japan. Ähnliche Abneigung, sich einer der beiden bestehenden Mächtegruppen zu verschreiben, stellt Lattimore auch in mehreren Ländern Europas fest.

Welches wären nun die Möglichkeiten, die sich Amerika in solchen Ländern bieten würden? Es wäre eine Art Pionierarbeit, wie sie in den zwanziger und dreißiger Jahren die General Electric und Ford in Rußland leisteten, also Erschließung von Hilfsquellen, ohne jede politische Einflußnahme, unter Bedingungen, wie sie zwischen der amerikanischen Industrie und den Regierungen der zu erschließenden Länder frei vereinbart würden. Das Gegenteil von solcher moderner Pionierarbeit sieht Lattimore in der Art, wie Amerika die Ölgebiete Vorderasiens und anderer ganz- und halbkolonialer Länder ausbeutet. Seine Erwartung geht dahin, daß die amerikanischen Gewerkschaften mehr und mehr Einfluß auf die Außenpolitik der USA gewinnen und dem Schutz der Profite auf Kosten der Menschenrechte ein Ende bereiten werden. Daß dies geschehen und wie ein Anfang dazu gemacht werden kann, zeigt Lattimore in seinem Bericht über den neuen Staat Israel. Israel vereint die beste Kultur und die höchsten technischen Fähigkeiten Europas. Es verfolgt keine revolutionären Ziele in Asien, aber sein bloßes Dasein wird sich unter den Völkern Vorderasiens revolutionierend auswirken. «Nirgends sonst in Asien kommt der wissenschaftlich und human gebildete Europäer mit den zerlumpten, unterdrückten Eingeborenen in direkten Kontakt als Bauer und Handwerker, als Mensch, der mit seiner Hände Arbeit sein Brot verdient. Nirgends, außer noch in Rußland, ist es für den arbeitenden Europäer möglich, asiatische Arbeiter als Gleichberechtigte in seine Gewerkschaft aufzunehmen, wie dies zum Beispiel in Haifa geschieht ... Der arme Araber, der mit den Israeliten Seite an Seite lebt, sieht ein, daß es unter Umständen anziehender sein kann, als moderner Mensch zu leben, denn selbst als reicher Araber ... Dann kommt der nächste und entscheidende Schritt. Es wird ihm klar, daß es nicht die Israeliten sind, die ihn hindern wollen, als moderner Mensch zu leben, sondern die eigenen, arabischen Herrscher.»

Amerika, obwohl die stärkste Macht der Welt, muß auch mit europäischen Ländern und unter ihnen besonders mit Großbritannien wie mit der ihm verbundenen Völkergemeinschaft zusammenarbeiten. Auch hier wäre es kurzsichtig gehandelt, wollte Amerika eine bestimmte politische Konzeption zur Bedingung machen, denn Länder wie Indien und Pakistan, Neuseeland und Australien beeinflussen heute schon weitgehend die Richtung der politischen Entwicklung innerhalb ihre Mächtegruppe. Vor allem soll Amerika nicht

versuchen, sie in eine Front gegen Rußland einzureihen oder seinen Beitrag an die Industrialisierung dieser Staaten von ihrer rußlandfeindlichen Einstellung abhängig zu machen. Frühere Kolonialgebiete, die heute unabhängig sind, haben es in der Hand, die Lösung des Kolonialproblems, die nach Asien bald auch für Afrika fällig ist, wesentlich zu erleichtern oder zu erschweren. Lattimore glaubt annehmen zu dürfen, daß diese Kolonialgebiete, von Indonesien bis Afrika, sich dazu verstehen könnten, um den Preis politischer Unabhängigkeit mit Europa wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Amerika, das noch heute in den Kolonien mehr Vertrauen genießt als die europäischen Mächte, sollte hier vermittelnd eingreifen.

Amerikas Beziehungen zu Rußland schließlich werden den Übergang vom «kalten Krieg» zum «kalten Waffenstillstand» erlauben, meint Lattimore, wenn sich die Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern und den «Drittmacht-Staaten» befriedigend gestaltet. Sollte dies nicht der Fall sein, so dürfte sich das Übergewicht im kalten Krieg eher zugunsten Rußlands verschieben, denn die europäischen Länder sind zwar bereit, sich gegen den russischen Einfluß mit Marshallgeldern immunisieren zu lassen, wären aber nicht gewillt, sich zu opfern, falls Amerika zum Schießkrieg übergehen wollte.

Angesichts der Aufteilung der Welt in zwei Lager gibt es für Lattimore nur noch eine Möglichkeit, den Frieden zu wahren: die Orientierung der amerikanischen Außenpolitik auf die Vereinten Nationen. Das amerikanische Außenamt reagiert zwar sehr sauer auf den Vorwurf, daß es die UNO umgehe oder umgangen habe. Es fällt ihm natürlich nicht leicht, die Fehler, die vom Präsidenten und besonders vom 80. Kongreß begangen wurden, zu verteidigen. Die Welt weiß aber heute, daß nur die Aktionen, die von den Vereinten Nationen durchgeführt wurden, sich günstig auswirkten. Die UNRRA, eine Hilfsaktion der Vereinten Nationen, wenn auch hauptsächlich durch Amerika finanziert, war ein voller Erfolg. Das Vorgehen der UNO in Aserbeidschan zeigte, daß Maßnahmen, die die politische Macht der Vereinten Nationen demonstrieren, weit tiefere Wirkung haben als das Auftrumpfen mit rein militärischer Macht außerhalb der UNO.

Die Maßnahmen, die unter der Trumandoktrin in Griechenland und der Türkei ergriffen wurden, sind eigenmächtige Handlungen Amerikas. Sie umgingen die Vereinten Nationen und sind bis jetzt ein glatter Mißerfolg, wenn sie auch offiziell nicht als solcher eingestanden werden dürfen. Der Marshallplan umging die Vereinten Nationen. Wenn er durch die UNO durchgeführt worden wäre, schreibt Lattimore, so hätte Rußland die Tschechoslowakei und Polen nicht hindern können, sich daran zu beteiligen, es wäre sogar Rußland selbst nicht leichtgefallen, beiseite zu stehen. In seiner jetzigen Form wird der

Marshallplan auch von den Hilfe empfangenden Ländern als Maßnahme empfunden, die dazu dient, die Welt in Amerikahörige und Rußlandhörige aufzuteilen. Auch das Vorgehen Amerikas in China, das heißt die Unterstützung Chiang Kai-Sheks, umging die UNO. Wir haben gesehen, mit welchem Erfolg. Man kann sich angesichts solcher Tatsachen der Forderung Lattimores nicht entziehen, daß politische Maßnahmen, Abwehraktionen oder Konzessionen eines Landes an ein anderes Land nicht durch einzelne Nationen, sondern durch die UNO und in einer Form gemacht werden sollen, die das Ansehen der Vereinten Nationen stärkt.

Zum Kolonialproblem schlägt Lattimore den Amerikanern vor, aus der Marshallhilfe der Länder, die noch Kolonien besitzen, einen Fonds auszuscheiden, der der Bedeutung der Kolonien entspricht. Dieser Fonds dürfte nicht für militärische Maßnahmen in den Kolonien, sondern nur für deren Ausbau und Industrialisierung verwendet werden. Außerdem soll die UNO jeder Kolonie Unabhängigkeit auf bestimmten Termin garantieren und die Verhandlungen der Kolonialmacht mit der Kolonie über ihre künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit in die Wege leiten.

Für die Länder des Nahen Ostens, deren strategische Lage und Ölreichtum sie zum neuralgischen Punkt der West-Ost-Beziehungen macht, schlägt Lattimore eine Öl-Treuhandschaft unter der Ägide der UNO vor. Allen Staaten wie auch privaten Gesellschaften soll es freistehen, unter Bedingungen, die von der UNO-Treuhandschaft festgesetzt werden, in jenen Gebieten nach Öl zu bohren. Das Öl beherbergende Land soll von den ausbeutenden Gesellschaften oder Staaten eine Entschädigung erhalten, die, in Fonds angelegt, dem betreffenden Volk und nicht dem Regenten zukommen. Nach Regelung der Ölausbeutung, findet Lattimore, werde sich die Sicherheitsfrage von selbst erledigen. Das amerikanische Außenamt soll übrigens selbst den *Anschein* vermeiden, sich durch Einzelpersonen oder Gruppen eines fremden Staates wirtschaftliche und politische Vorteile zu sichern und diese Leute dadurch zu amerikanischen «Agenten» zu stempeln. Das amerikanische Interesse erheischt die Anpassung an die erklärte Politik und die politischen Institutionen des betreffenden Landes und die Möglichkeit für die amerikanische Privatwirtschaft, gewinnbringend zu arbeiten. Damit ist, nach Lattimores Dafürhalten, auch der gute Wille eines Landes und ein legitimer Vorsprung gegenüber Rußland gesichert, denn die Sowjetunion dürfte noch auf Jahre hinaus nicht in der Lage sein, materiell zur Hebung zurückgebliebener Länder beizutragen. Diese Politik der Werbung um den guten Willen besonders der Länder des Ostens hält der Verfasser dieses Asienbuches für weit vernünftiger als eine Politik des In-Schach-Haltens der Russen mit militä-

rischer Drohung. Sie würde auch die Sowjetunion einsehen lassen, meint er, daß der Kapitalismus nicht tot sei, während gleichzeitig der kapitalistische Westen damit stillschweigend zugäbe, daß der Kommunismus nicht durch militärische Mittel zu besiegen sei.

Dies sind, stark gekürzt, einige der Gedankengänge Lattimores zur Lage in Asien. Natürlich wären von einem sozialistischen Standpunkt aus manche Einwände und Fragezeichen anzubringen. Um nur eine Behauptung Lattimores ins Licht zu rücken: es ist unseres Erachtens falsch, anzunehmen, daß eine chinesische Koalitionsregierung unter konservativer Führung in den Jahren nach dem Krieg eine Landreform hätte durchführen können. Und doch ist heute offenbar, daß gerade die Vernachlässigung jener wichtigsten Reform die revolutionäre Grundwelle erzeugte, die alle amerikanischen Kalkulationen über den Haufen warf. Man vergleiche doch mit den chinesischen Verhältnissen von 1945, was heute in Italien unter konservativer Führung – nicht geschieht.

Daneben enthält Lattimores Buch aber doch viele Anregungen und konstruktive Vorschläge, die, wenn realisiert, gegenüber der bisherigen amerikanischen Außenpolitik einen Fortschritt bedeuten würden. Im Gegensatz zu den Auslassungen vieler unserer Tagesblätter zum Ringen im Fernen Osten wahrt Lattimore einen menschlich sympathischen Ton, der spüren läßt, daß ihm das Schicksal jener Völker nahegeht. Hier ist sein Schlußwort:

«In ganz Asien herrscht heute eine Atmosphäre der Hoffnung und nicht der Verzweiflung. In keinem Lande Asiens hat das Volk das Gefühl, einem Zeitalter des Chaos entgegenzugehen. Was sich vor ihnen öffnet, ist ein unendlicher Horizont der Hoffnung – der Hoffnung auf friedliche, aufbauende Tätigkeit in freiem Lande und auf friedliche Zusammenarbeit unter freien Völkern. Enttäuschungen werden auf dem Wege nicht ausbleiben. Mögen sie nicht von Amerika verschuldet sein als Ergebnis amerikanischer Politik! Ein großer Teil der Hoffnungen Asiens wird sich jedoch erfüllen und sollte mit amerikanischer Hilfe verwirklicht werden. Wir haben alles zu gewinnen, wenn wir uns auf die Seite der Hoffnung stellen.»